

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2018/205578]

## 4. OKTOBER 2018 — Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt, Artikel 5 § 2, 9 § 1, 2 und 4, 10 § 2 und 4, 13, 14 Absatz 4, 17, 25, 29, 30, 34 § 1 und 37 § 4;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt vom 15. Juni 2018;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 25. April 2018;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 9. Juli 2018;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 64.017/1/V des Staatsrates, das am 4. September 2018 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens der Datenschutzbehörde vom 4. Juli 2018;

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen***Artikel 1** - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt;
2. Referenzzentrum: gemäß Artikel 3 Nummer 7 des Dekrets das Referenzzentrum für Integration und Migration;
3. Anbieter: die Institute der schulischen Weiterbildung und die gemäß Dekret vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung;
4. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG;
5. Fachbereich: der für die Integration zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
6. Minister: der für Soziales zuständige Minister.

KAPITEL 2 — *Integrationsparcours***Art. 2** - Verlängerung der Laufzeit

Der Migrant, der den Integrationsparcours nicht innerhalb der in Artikel 5 § 2 des Dekrets festgelegten Frist absolvieren kann, reicht frühestens sechs Monate und spätestens einen Monat vor Ablauf dieser Frist einen Antrag auf Verlängerung der Frist beim Referenzzentrum ein.

Das Referenzzentrum kann die Frist jeweils höchstens um ein Jahr verlängern:

1. bei Unvereinbarkeit der im Rahmen des Integrationsparcours vorgesehenen Etappen mit einer beruflichen Aus- oder Weiterbildung oder beruflichen Tätigkeit;
2. bei Migranten, die zu Beginn des Integrationsparcours nicht das lateinische Alphabet beherrschen;
3. aus folgenden gesundheitlichen Gründen:
  - a) bei einer krankheitsbedingten Abwesenheit von insgesamt mindestens einem Monat;
  - b) bei der Geburt eines Kindes;
  - c) bei einem vorübergehenden Aufenthalt im Ausland aus medizinischen Gründen;
4. aus folgenden persönlichen Gründen:
  - a) der Migrant ist aus zwingenden Gründen vorübergehend im Ausland;
  - b) bei einer zeitweiligen Abwesenheit gemäß Artikel 18 des Königlichen Erlasses vom 16. Juli 1992 über die Bevölkerungsregister und das Fremdenregister;
  - c) der Migrant gilt als nahestehende Hilfsperson gemäß Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Mai 2014 über die Anerkennung nahestehender Hilfspersonen, die sich um hilfsbedürftige Menschen kümmern;
  - d) die regelmäßige Kinderbetreuung für die Kleinkinder des Migranten ist nicht gewährleistet;
  - e) bei der Adoption eines Kindes;
5. bei unzureichenden Kursangeboten im Rahmen des Integrationsparcours;
6. bei einem Beginn des nächsten verfügbaren Sprach- oder Integrationskurses in frühestens drei oder mehr Monaten ab Einschreibung in den Integrationsparcours beim Referenzzentrum.

Die in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten gesundheitlichen Gründe sowie die Dauer der Abwesenheit werden durch ein ärztliches Attest belegt.

Die durch das Referenzzentrum erteilte Verlängerung wird in der in Artikel 8 des Dekrets erwähnten Vereinbarung zum Integrationsparcours vermerkt.

Das Referenzzentrum führt ein anonymisiertes Register über die angenommenen und abgelehnten Anträge auf Verlängerung.

**Art. 3** - Sprachkurs in einer der beiden anderen Landessprachen

Wird im Rahmen der gemäß Artikel 14 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) des Dekrets erstellten Sozialbilanz des Referenzzentrums festgestellt, dass das Erlernen einer der beiden anderen Landessprachen dem Migrant mehr Möglichkeiten zur sozialen und/oder beruflichen Eingliederung bietet, wird er in einen Sprachkurs, der gegebenenfalls in einer anderen Gebietskörperschaft im Rahmen des dortigen Integrationsparcours erteilt wird, oder in einem gemäß Kapitel 3 anerkannten Sprachkurs eingetragen.

KAPITEL 3 — *Anerkennung und bezuschussung der Sprachkurse***Art. 4 - Anerkennungsbedingungen**

Um anerkannt zu werden, erfüllen die Sprachkurse zumindest folgende Bedingungen:

1. die Sprachkurse werden von den in Artikel 1 Nummer 3 erwähnten Anbietern organisiert;
2. die Sprachkurse sind niederschwellig und/oder intensiv:
  - a) der niederschwellige Sprachkurs erfüllt mindestens folgende Kriterien:
    - er umfasst bei Kursbeginn mindestens 5 und höchstens 12 Teilnehmer;
    - er umfasst mindestens 2 Stunden pro Woche;
    - er ist lebensnah und praxisorientiert gestaltet;
  - b) der Intensivsprachkurs erfüllt mindestens folgende Kriterien:
    - er umfasst bei Kursbeginn mindestens 8 und höchstens 18 Teilnehmer;
    - er umfasst mindestens 12 Stunden pro Woche;
3. die Sprachkurse dienen zur Alphabetisierung oder zielen auf das Sprachniveau A1, A1+ oder A2 gemäß dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen ab;
4. die Sprachkurse belaufen sich auf mindestens 120 Stunden pro Sprachniveau;
5. die Sprachkurse werden bedarfsorientiert und zu flexiblen Zeiten angeboten;
6. die Sprachkurse werden von hauptamtlichen Kursleitern oder Honorarkräften, die mindestens drei Jahre Erfahrung in der Erwachsenenbildung, Sprachförderung, Vermittlung von Fremdsprachen oder im interkulturellen Bereich aufweisen oder eine für die betroffene Funktion nützliche Ausbildung nachweisen können, erteilt.

**Art. 5 - Anerkennungsverfahren**

§ 1 - Für den Erhalt der Anerkennung einer oder mehrerer Sprachkurse reichen die Anbieter einen Antrag beim Fachbereich ein.

§ 2 - Dem Antrag sind mindestens folgende Unterlagen und Angaben beigefügt:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der juristischen Person;
3. das Konzept zur Organisation und zum Ablauf der Sprachkurse, welches mindestens folgende Informationen umfasst:
  - a) die angebotenen Kursniveaus;
  - b) die Mindest- und Höchstanzahl Teilnehmer pro Sprachkurs;
  - c) der Zeitpunkt des Einstiegs in einen Sprachkurs;
  - d) die Qualifikation des Lehrpersonals;
  - e) die Angaben zur Zielgruppe;
  - f) die möglichen Partnerorganisationen;
  - g) die Modalitäten zur Zusammenarbeit mit dem Referenzzentrum;
  - h) die Lernmethoden oder Methoden zur Sprachvermittlung.

Der Fachbereich legt das zu verwendende Antragsformular fest.

Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Der Fachbereich bestätigt den Erhalt des Antrags innerhalb von 30 Kalendertagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

§ 3 - Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Anerkennung sowie die beigefügten Unterlagen. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich dem Antragsteller eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen beim Antragsteller an.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist oder bei unvollständigem Antrag gilt das Gutachten als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 2 aufgeführten Frist über die Erteilung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

§ 4 - Die Anerkennung wird für einen Zeitraum von vier Jahren erteilt.

§ 5 - Wenn eine oder mehrere Bedingungen, die für eine Anerkennung erforderlich sind, nicht erfüllt sind, kann der Fachbereich in seinem in § 3 Absatz 2 erwähnten Gutachten eine vorläufige Anerkennung unter Auflagen vorschlagen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in § 3 Absatz 2 genannten Frist über die Erteilung einer vorläufigen Anerkennung und legt die Auflagen sowie die Dauer der vorläufigen Anerkennung fest.

Der Fachbereich erstellt spätestens 60 Tage vor Ablauf der vorläufigen Anerkennung ein Gutachten zur Umsetzung der Auflagen, das er dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Erteilung einer definitiven Anerkennung.

Erhält der Sprachkurs nach Ablauf seiner vorläufigen Anerkennung keine definitive Anerkennung, wird die etwaige Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

§ 6 - Änderungen zu den in § 2 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reicht der Anbieter, einen individuellen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Der Fachbereich überprüft, ob in Bezug auf den Bedarf und die Integration eine Abweichung gerechtfertigt ist, und übermittelt dem Minister ein Gutachten innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Antrags. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Genehmigung der Änderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Der Sprachkurs kann nur nach Erhalt einer Genehmigung durch den Anbieter abgeändert werden.

Die Dauer der Genehmigung der Änderung ist in jedem Fall auf höchstens 12 Monate begrenzt und kann erneuert werden.

Der Fachbereich hält jede Genehmigung der Änderung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

§ 7 - Spätestens sechs Monate vor Ablauf der Anerkennung reicht der Anbieter einen neuen Antrag beim Fachbereich ein. Dieser Antrag erhält die in § 2 erwähnten Unterlagen und Angaben, insofern diese sich von dem ursprünglichen Antrag unterscheiden.

#### **Art. 6 - Aufrechterhaltung der Anerkennung**

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die Anbieter die im vorliegenden Erlass erwähnten Verpflichtungen sowie die im Dekret erwähnten Bedingungen ein, die der Anerkennung zugrunde liegen.

#### **Art. 7 - Aussetzung der Anerkennung**

§ 1 - Kommt der Anbieter, den im Dekret oder im vorliegenden Erlass angeführten Verpflichtungen nicht nach, fordert der Fachbereich ihn auf, den Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Anbieter spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Fachbereich beantragen.

§ 2 - Kommt der Anbieter, nach der in § 1 erwähnten Aufforderung weiterhin den Verpflichtungen nicht nach, setzt der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem betroffenen Anbieter per Einschreiben seine Absicht mit. Dieser kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem Anbieter unverzüglich zugestellt.

Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung bietet der Anbieter keinen neuen Sprachkurs mehr an.

§ 3 - Während der Aussetzung der Anerkennung werden dem Anbieter für diesen Sprachkurs keine Zuschüsse mehr ausbezahlt.

Kommt der Anbieter, den Verpflichtungen nach, beendet der Minister die Aussetzung und kann die zwischenzeitlich nicht ausgezahlten Zuschüsse rückwirkend auszahlen.

#### **Art. 8 - Entzug der Anerkennung**

§ 1 - Kommt der Anbieter, nach Ablauf der Dauer der in Artikel 7 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, entzieht der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung.

Vor dem Entzug teilt der Minister dem betroffenen Anbieter per Einschreiben seine Absicht mit. Dieser kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung, beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über den Entzug.

Dieser Beschluss wird dem Anbieter unverzüglich zugestellt.

§ 2 - Mit dem Entzug der Anerkennung wird die etwaige Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

§ 3 - Ab dem Zeitpunkt, an dem die Förderung des Anbieters gemäß Artikel 14 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung oder die Förderung als Institut für schulische Weiterbildung eingestellt wurde, wird die Anerkennung im Rahmen des vorliegenden Erlasses von Rechtswegen entzogen.

#### **Art. 9 - Beendigung des Sprachkurses**

§ 1 - Der Anbieter teilt dem Fachbereich jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung eines Sprachkurses schriftlich mit, die nicht auf einen Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 8 zurückzuführen ist. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.

Das Vorhaben des Anbieters wird dem Minister mindestens drei Monate vor der geplanten zeitweiligen Einstellung und sechs Monate vor der geplanten definitiven Einstellung schriftlich mitgeteilt.

Die definitive Einstellung hat den Entzug der Anerkennung von Rechtswegen und die Beendigung der etwaigen Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Folge.

§ 2 - Bei der Übertragung der Trägerschaft eines Anbieters bleibt die Anerkennung des Sprachkurses während einer Dauer von sechs Monaten nach der Übertragung unter der Bedingung gültig, dass der neue Träger eine Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels beantragt.

Liegt dem Fachbereich innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist kein Antrag vor, kommt dies einer definitiven Einstellung der Tätigkeit gleich.

#### **Art. 10 - Bezuschussung**

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung den anerkannten Sprachkursen unter den im vorliegenden Artikel festgelegten Bedingungen Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten.

Wenn der Sprachkurs von anderen Behörden bezuschusst werden kann, muss dieser Zuschuss beantragt werden. Diese Zuschüsse werden von den Gesamtkosten abgezogen, ehe der in Anwendung des vorliegenden Erlasses gewährte Zuschuss berechnet wird.

Die Bezuschussung und die Aufgabenbeschreibung werden im Rahmen eines Vertrags zwischen einem Anbieter eines anerkannten Sprachkurses und der Regierung festgelegt.

**Art. 11** - Einstufungstest

Der vom Referenzzentrum durchgeführte Test zur Einstufung des jeweiligen Sprachniveaus zwecks anschließender Eintragung in den entsprechenden Sprachkurs entspricht mindestens folgenden Kriterien:

1. er beruht auf dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen;
2. er bewertet folgende Sprachkompetenzen:
  - a) das schriftliche Verständnis und den Ausdruck;
  - b) das mündliche Verständnis und den Ausdruck.

Der Migrant erhält eine Abschrift seines Ergebnis des Einstufungstests.

KAPITEL 4 — *Anerkennung und bezuschussung des Integrationskurses***Art. 12** - Anerkennungsbedingungen

Um anerkannt zu werden, erfüllt der Integrationskurs zumindest folgende Bedingungen:

1. der Integrationskurs wird von den in Artikel 1 Nummer 3 erwähnten Anbietern organisiert;
2. der Integrationskurs umfasst bei Kursbeginn mindestens 8 und höchstens 18 Teilnehmer;
3. der Integrationskurs beläuft sich auf mindestens 60 Stunden, die innerhalb von höchstens zwölf Monaten erteilt werden müssen;
4. der Integrationskurs ist lebensnah und praxisorientiert gestaltet;
5. der Integrationskurs beinhaltet die für die Kursteilnehmer verpflichtende Erstellung eines persönlichen Aktionsplans;
6. der Integrationskurs informiert über die durch die belgische Verfassung festgelegten Grundrechte und Pflichten;
7. der Integrationskurs informiert über den Aufbau des belgischen Staates sowie über die europäischen Institutionen;
8. der Integrationskurs informiert über die Gesundheitsversorgung, die Wohnungssituation, die Bildung, die Arbeit und die soziale Sicherheit;
9. der Integrationskurs informiert über den Alltag, sowie das interkulturelle Zusammenleben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
10. der Integrationskurs wird bedarfsorientiert und zu flexiblen Zeiten angeboten;
11. der Einstieg in einen Integrationskurs ist mindestens zwei Mal jährlich möglich;
12. der Integrationskurs wird von hauptamtlichen Kursleitern oder Honorarkräften, die mindestens drei Jahre Erfahrung in der Erwachsenenbildung oder im interkulturellen Bereich aufweisen oder eine für die betroffene Funktion nützliche Ausbildung nachweisen können, erteilt.

**Art. 13** - Anerkennungsverfahren

§ 1 - Für den Erhalt der Anerkennung eines Integrationskurses reichen die Anbieter einen Antrag beim Fachbereich ein.

§ 2 - Dem Antrag sind mindestens folgende Unterlagen und Angaben beigefügt:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der juristischen Person;
3. das Konzept zur Organisation und zum Ablauf des Integrationskurses, welches mindestens folgende Informationen umfasst:
  - a) die Anzahl Teilnehmer pro Integrationskurs;
  - b) der Ort und der Zeitraum, in dem der Integrationskurs stattfindet;
  - c) der Zeitpunkt des Einstiegs in einen Integrationskurs;
  - d) die Qualifikation des Lehrpersonals;
  - e) die Angaben zur Zielgruppe;
  - f) die möglichen Partnerorganisationen;
  - g) die Modalitäten zur Zusammenarbeit mit dem Referenzzentrum.

Der Fachbereich legt das zu verwendende Antragsformular fest.

Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Der Fachbereich bestätigt den Erhalt des Antrags innerhalb von 30 Kalendertagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

§ 3 - Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Anerkennung sowie die beigefügten Unterlagen. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich dem Antragsteller eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen beim Antragsteller an.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist oder bei unvollständigem Antrag gilt das Gutachten als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 2 aufgeführten Frist über die Erteilung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

§ 4 - Die Anerkennung wird für einen Zeitraum von vier Jahren erteilt.

§ 5 - Wenn eine oder mehrere Bedingungen, die für eine Anerkennung erforderlich sind, nicht erfüllt sind, kann der Fachbereich in seinem in § 3 Absatz 2 erwähnten Gutachten eine vorläufige Anerkennung unter Auflagen vorschlagen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in § 3 Absatz 2 aufgeführten Frist über die Erteilung einer vorläufigen Anerkennung und legt die Auflagen sowie die Dauer der vorläufigen Anerkennung fest.

Der Fachbereich erstellt spätestens 60 Tage vor Ablauf der vorläufigen Anerkennung ein Gutachten zur Umsetzung der Auflagen, das er dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Erteilung einer definitiven Anerkennung.

Erhält der Integrationskurs nach Ablauf seiner vorläufigen Anerkennung keine definitive Anerkennung, wird die etwaige Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

§ 6 - Änderungen zu den in § 2 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reicht der Anbieter einen individuellen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Der Fachbereich überprüft, ob in Bezug auf den Bedarf und die Integration eine Abweichung gerechtfertigt ist, und übermittelt dem Minister ein Gutachten innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Antrags. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Genehmigung der Änderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Der Integrationskurs kann nur nach Erhalt einer Genehmigung durch den Anbieter abgeändert werden.

Die Dauer der Genehmigung der Änderung ist in jedem Fall auf höchstens 12 Monate begrenzt und kann erneuert werden.

Der Fachbereich hält jede Genehmigung der Änderung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

§ 7 - Spätestens sechs Monate vor Ablauf der Anerkennung reicht der Anbieter einen neuen Antrag beim Fachbereich ein. Dieser Antrag erhält die in § 2 erwähnten Unterlagen und Angaben, insofern diese sich von dem ursprünglichen Antrag unterscheiden.

#### **Art. 14 - Aufrechterhaltung der Anerkennung**

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die Anbieter die im vorliegenden Erlass erwähnten Verpflichtungen sowie die im Dekret erwähnten Bedingungen ein, die der Anerkennung zugrunde liegen.

#### **Art. 15 - Aussetzung der Anerkennung**

§ 1 - Kommt der Anbieter den im Dekret oder im vorliegenden Erlass angeführten Verpflichtungen nicht nach, fordert der Fachbereich ihn auf, den Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Anbieter spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Fachbereich beantragen.

§ 2 - Kommt der Anbieter nach der in § 1 erwähnten Aufforderung weiterhin den Verpflichtungen nicht nach, setzt der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem betroffenen Anbieter per Einschreiben seine Absicht mit. Dieser kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem Anbieter unverzüglich zugestellt.

Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung bietet der Anbieter keinen neuen Integrationskurs mehr an.

§ 3 - Während der Aussetzung der Anerkennung werden dem Anbieter für diesen Integrationskurs keine Zuschüsse mehr ausbezahlt.

Kommt der Anbieter den Verpflichtungen nach, beendet der Minister die Aussetzung und kann die zwischenzeitlich nicht ausgezahlten Zuschüsse rückwirkend auszahlen.

#### **Art. 16 - Entzug der Anerkennung**

§ 1 - Kommt der Anbieter nach Ablauf der Dauer der in Artikel 15 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, entzieht der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung.

Vor dem Entzug teilt der Minister dem betroffenen Anbieter per Einschreiben seine Absicht mit. Dieser kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über den Entzug.

Dieser Beschluss wird dem Anbieter unverzüglich zugestellt.

§ 2 - Mit dem Entzug der Anerkennung wird die etwaige Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

§ 3 - Ab dem Zeitpunkt, an dem die Förderung des Anbieters gemäß Artikel 14 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung oder die Förderung als Institut für schulische Weiterbildung eingestellt wurde, wird die Anerkennung im Rahmen des vorliegenden Erlasses von Rechtswegen entzogen.

#### **Art. 17 - Beendigung des Integrationskurses**

§ 1 - Der Anbieter teilt dem Fachbereich jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung seines Integrationskurses schriftlich mit, die nicht auf einen Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 16 zurückzuführen ist. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.

Das Vorhaben des Anbieters wird dem Minister mindestens drei Monate vor der geplanten zeitweiligen Einstellung und sechs Monate vor der geplanten definitiven Einstellung schriftlich mitgeteilt.

Die definitive Einstellung des Integrationskurses hat den Entzug der Anerkennung von Rechtswegen und die Beendigung der etwaigen Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Folge.

§ 2 - Bei der Übertragung der Trägerschaft eines Anbieters bleibt die Anerkennung des Integrationskurses während einer Dauer von sechs Monaten nach der Übertragung unter der Bedingung gültig, dass der neue Träger eine Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels beantragt.

Liegt dem Fachbereich innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist kein Antrag vor, kommt dies einer definitiven Einstellung der Tätigkeit gleich.

**Art. 18 - Bezuschussung**

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung den anerkannten Integrationskursen unter den im vorliegenden Artikel festgelegten Bedingungen Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten.

Wenn der Integrationskurs von anderen Behörden bezuschusst werden kann, muss dieser Zuschuss beantragt werden. Diese Zuschüsse werden von den Gesamtkosten abgezogen, ehe der in Anwendung des vorliegenden Erlasses gewährte Zuschuss berechnet wird.

Die Bezuschussung und die Aufgabenbeschreibung wird im Rahmen eines Vertrags zwischen einem Anbieter eines anerkannten Integrationskurses und der Regierung festgelegt.

**Art. 19 - Sprache des Integrationskurses**

§ 1 - Der Integrationskurs kann in einer anderen Sprache erteilt werden, wenn zumindest folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. der Integrationskurs zählt mindestens 8 Teilnehmer, die die gleiche Sprache auf gleichem Niveau beherrschen;
2. der Integrationskurs findet an einem einfach zugänglichen Ort und zu flexiblen Zeiten für die Teilnehmer statt;
3. der anerkannte Anbieter verfügt über einen Kursleiter oder eine Honorarkraft, die diese Sprache beherrscht.

§ 2 - Hat der Migrant bereits einen Sprachkurs des Niveau A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens in einer anderen Landessprache absolviert oder verfügt er über das Niveau A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens in einer anderen Landessprache, kann er den Integrationskurs gegebenenfalls in einer anderen Gebietskörperschaft im Rahmen des dortigen Integrationsparcours belegen.

**KAPITEL 5 — Anerkennung eines referenzzentrums für Integration und Migration****Art. 20 - Anerkennungsverfahren**

§ 1 - Für den Erhalt der Anerkennung reichen die Einrichtungen einen Antrag beim Fachbereich ein.

§ 2 - Dem Antrag sind mindestens folgende Unterlagen und Angaben beigefügt:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der juristischen Person;
3. die angebotenen Dienstleistungen im Bereich Integration;
4. die Qualifikation des Personals;
5. die Modalitäten zur Zusammenarbeit mit den Anbietern und den Gemeinden.

Der Fachbereich legt das zu verwendende Antragsformular fest.

Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Der Fachbereich bestätigt den Erhalt des Antrags innerhalb von 30 Kalendertagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

§ 3 - Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Anerkennung sowie die beigefügten Unterlagen. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich dem Antragsteller eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen beim Antragsteller an.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist oder bei unvollständigem Antrag gilt das Gutachten als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Erteilung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

§ 4 - Gemäß Artikel 13 § 2 Absatz 2 des Dekrets wird die Anerkennung für einen Zeitraum von sechs Jahren erteilt.

§ 5 - Das Referenzzentrum teilt dem Fachbereich während der Dauer der Anerkennung innerhalb von 30 Tagen jede Änderung zu den in § 2 erwähnten Angaben schriftlich mit.

Der Fachbereich kann während der Dauer der Anerkennung jederzeit eine aktuelle Ausführung der in § 2 erwähnten Angaben bei dem Referenzzentrum anfordern.

Änderungen zu den in § 2 Absatz 1 Nummern 3 und 4 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reicht das Referenzzentrum einen individuellen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Der Fachbereich überprüft, ob eine Abweichung gerechtfertigt ist und übermittelt dem Minister ein Gutachten innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Antrags. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über eine Genehmigung der Änderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Das Referenzzentrum kann die Änderung nur nach Erhalt einer Zusage vornehmen.

Die Dauer der Genehmigung der Änderung ist in jedem Fall auf höchstens 12 Monate begrenzt und kann erneuert werden.

Der Fachbereich hält jede Genehmigung der Änderung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

§ 6 - Spätestens sechs Monate vor Ablauf der Anerkennung reicht das Referenzzentrum einen neuen Antrag beim Fachbereich ein. Dieser Antrag erhält die in § 2 erwähnten Unterlagen und Angaben, insofern diese sich von dem ursprünglichen Antrag unterscheiden.

**Art. 21 - Aufrechterhaltung der Anerkennung**

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung hält das Referenzzentrum die im vorliegenden Erlass erwähnten Verpflichtungen sowie die im Dekret erwähnten Bedingungen ein, die der Anerkennung zugrunde liegen.

**Art. 22 - Aussetzung der Anerkennung**

§ 1 - Kommt das Referenzzentrum den im Dekret oder im vorliegenden Erlass angeführten Verpflichtungen nicht nach, fordert der Fachbereich es auf, den Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann das Referenzzentrum spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 angeführten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Fachbereich beantragen.

§ 2 - Kommt das Referenzzentrum nach der in § 1 erwähnten Aufforderung weiterhin den Verpflichtungen nicht nach, setzt der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem Referenzzentrum per Einschreiben seine Absicht mit. Das Referenzzentrum kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 angeführten Frist über die Aussetzung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem Referenzzentrum unverzüglich zugestellt.

Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung nimmt das Referenzzentrum keine neuen Anfragen seitens der Migranten oder der juristischen und natürlichen Personen, die im deutschen Sprachgebiet mit Migranten arbeiten, mehr an.

§ 3 - Während der Aussetzung der Anerkennung werden dem Referenzzentrum keine Zuschüsse mehr ausgezahlt.

Kommt das Referenzzentrum den Verpflichtungen nach, beendet der Minister die Aussetzung und kann die zwischenzeitlich nicht ausgezahlten Zuschüsse rückwirkend auszahlen.

#### **Art. 23 - Entzug der Anerkennung**

§ 1 - Kommt das Referenzzentrum nach Ablauf der Dauer der in Artikel 22 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, entzieht der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung.

Vor dem Entzug teilt der Minister dem Referenzzentrum per Einschreiben seine Absicht mit. Das Referenzzentrum kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 angeführten Frist über den Entzug.

Dieser Beschluss wird dem Referenzzentrum unverzüglich zugestellt.

§ 2 - Mit dem Entzug der Anerkennung wird die etwaige Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

#### **Art. 24 - Beendigung der Anerkennung**

§ 1 - Das Referenzzentrum teilt dem Fachbereich jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung ihrer Tätigkeit schriftlich mit, die nicht auf einen Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 23 zurückzuführen ist. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.

Das Vorhaben des Referenzzentrums wird dem Minister mindestens drei Monate vor der geplanten zeitweiligen Einstellung und sechs Monate vor der geplanten definitiven Einstellung schriftlich mitgeteilt.

Die definitive Einstellung der Tätigkeit des Referenzzentrums hat den Entzug der Anerkennung von Rechtswegen und die Beendigung der etwaigen Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Folge.

§ 2 - Bei der Übertragung der Trägerschaft des Referenzzentrums bleibt die Anerkennung während einer Dauer von sechs Monaten nach der Übertragung unter der Bedingung gültig, dass der neue Träger eine Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels beantragt.

Liegt dem Fachbereich innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist kein Antrag vor, kommt dies einer definitiven Einstellung der Tätigkeit gleich.

#### **Art. 25 - Qualifikation des Personals**

§ 1 - Für den Bereich "soziale Begleitung und Beratung" verfügt das Referenzzentrum mindestens über eine Vollzeitäquivalent, verteilt über eine oder mehrere Fachkräfte. Diese verfügen über ein Bachelordiplom mit sozialer Ausrichtung oder ein gleichgestelltes Diplom.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung, eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion oder ein nachgewiesener Arbeitskräftemangel für die geforderte Qualifikation vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

§ 2 - Für den Bereich "Verwaltung" verfügt das Referenzzentrum mindestens über eine halbe Vollzeitäquivalent, verteilt über eine oder mehrere Fachkräfte. Diese verfügen über ein Diplom der Oberstufe des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung, eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion oder ein nachgewiesener Arbeitskräftemangel für die geforderte Qualifikation vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

§ 3 - Die in § 1 und 2 angeführten Bestimmungen gelten nicht für das Personal, das vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses bereits in der Einrichtung beschäftigt ist, die als Referenzzentrum anerkannt wurde.

### *KAPITEL 6 — Förderung von Integrationsmassnahmen*

#### **Art. 26 - Kommunale Integrationsbeauftragte**

Die kommunalen Integrationsbeauftragten haben insbesondere folgende Aufgaben:

1. die Unterstützung und Vernetzung ehrenamtlicher Akteure im Bereich Integration;
2. die Koordination verschiedener Integrationsprojekte auf lokaler Ebene;
3. die Ermittlung von Bedarfen in Zusammenhang mit der Thematik der Integration auf lokaler Ebene;
4. die Ausarbeitung von lokalen Integrationskonzepten;
5. die Beteiligung an Gremien, die im Bereich der Integration tätig sind.

KAPITEL 7 — *Datenschutz***Art. 27** - Die Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 1 - Im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge:

1. kann das Referenzzentrum im Rahmen des Artikels 14 Absatz 1 Nummer 1 bis 6 des Dekrets folgende Daten verarbeiten:

- a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
- b) Schulabschluss, Ausbildung, Diplome;
- c) Zivilstand, Haushaltszusammensetzung, Familiensituation;
- d) Aufenthaltsstatut, Wohnsituation, verfügbare Transportmittel, soziales Umfeld, Ablauf und Teilnahme am Integrationsparcours, finanzielle Ressourcen;
- e) Interessen, Hobbies, Vereinsleben;
- f) berufliche und soziale Erfahrungen und Kompetenzen, Sprachkenntnisse;
- g) rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen;
- h) Verwaltungssanktionen gemäß Artikel 34 des Dekrets;

2. können die Einrichtungen, die mit der sozial-beruflichen Orientierung beauftragt sind, folgende Daten verarbeiten:

- a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
- b) Schulabschluss, Ausbildung, Diplome;
- c) Zivilstand, Haushaltszusammensetzung, Familiensituation;
- d) Aufenthaltsstatut, Wohnsituation, verfügbare Transportmittel, soziales Umfeld, Ablauf und Teilnahme am Integrationsparcours, finanzielle Ressourcen;
- e) Interessen, Hobbies, Vereinsleben;
- f) berufliche und soziale Erfahrungen und Kompetenzen, Sprachkenntnisse;

3. können die aufgrund von Artikel 32 des Dekrets bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen in Bezug auf die Migranten folgende Daten verarbeiten: Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Ankunft in Belgien und Anmeldung in der Gemeinde, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Verwaltungssanktionen und Ablauf und Teilnahme am Integrationsparcours.

§ 2 - Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, werden die in § 1 erwähnten Daten ab Datum der Erhebung während zehn Jahren verarbeitet und aufbewahrt.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

§ 3 - Der für die Verarbeitung der im vorliegenden Erlass und in Artikel 29 des Dekrets angeführten Daten Verantwortliche gewährleistet die Einhaltung der in Artikel 32 der Datenschutz-Grundverordnung vorgesehenen Vorgaben.

§ 4 - Der Zugriff auf die in Artikel 29 des Dekrets vorgesehenen Daten in Ausführung von Artikel 26 desselben Dekrets beschränkt sich auf die für die Erfüllung der Aufgaben und für die Erfordernisse der in Artikel 3 Nummer 10 desselben Dekrets erwähnten Dienste benötigten Informationen. Die Daten werden nur in Bezug auf die Teilnahme am Integrationsparcours ausgetauscht und verarbeitet.

KAPITEL 8 — *Kontrollbestimmungen***Art. 28** - Abbruch des Integrationsparcours

Folgende Gründe sind für einen Abbruch des Integrationsparcours zulässig:

- 1. der Migrant erhält die Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen;
- 2. der Migrant hat seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort nicht mehr im deutschen Sprachgebiet;
- 3. der Migrant erleidet eine durch ein ärztliches Attest belegte dauerhafte Krankheit oder Beeinträchtigung, die eine weitere Teilnahme am Integrationsparcours dauerhaft unmöglich macht;
- 4. der Migrant fällt während seines Integrationsparcours in einer der in Artikel 6 § 2 Absatz 2 des Dekrets angeführten Kategorien.

KAPITEL 9 — *Schlussbestimmungen***Art. 29** - Abänderungsbestimmung

Im Anhang des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtenschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2016, wird in Nummer 2 folgender neuer Spiegelstrich eingeführt:

“- Beirat für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt”

**Art. 30** - Gleichstellung anderer Integrationskurse

Der Integrationskurs, der vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses beim Belgischen Roten Kreuz oder bei einem Anbieter abgeschlossen wurde, wird dem im vorliegenden Erlass erwähnten Integrationskurs gleichgestellt.

**Art. 31** - Inkrafttreten

Der vorliegende Erlass tritt am 1. Dezember 2018 in Kraft.

**Art. 32** - Durchführungsbestimmung

Der Minister für Soziales wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 04. Oktober 2018

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident

O. Paasch

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

A. ANTONIADIS



## TRADUCTION

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2018/205578]

## 4 OCTOBRE 2018. — Arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité, les articles 5, § 2, 9, §§ 1<sup>er</sup>, 2 et 4, 10, § 2 et 4, 13, 14, alinéa 4, 17, 25, 29, 30, 34, § 1<sup>er</sup>, et 37, § 4;

Vu l'avis du conseil consultatif pour l'intégration et le vivre ensemble dans la diversité, émis le 15 juin 2018;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 25 avril 2018;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 9 juillet 2018;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 64.017/1/V, donné le 4 septembre 2018, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant l'avis donné le 4 juillet 2018 par l'Autorité de protection des données;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Affaires sociales;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — Dispositions générales**Article 1<sup>er</sup>** - Définitions

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1° décret : le décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité;

2° centre de référence : le centre de référence pour l'intégration et la migration, conformément à l'article 3, 7°, du décret;

3° opérateur : les instituts de formation scolaire continuée et les établissements de formation pour adultes qui sont soutenus conformément au décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes;

4° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE;

5° département : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière d'intégration;

6° ministre : le ministre compétent en matière d'Affaires sociales.

## CHAPITRE 2. — Parcours d'intégration

**Art. 2** - Prolongation de la durée

Le migrant qui ne peut achever le parcours d'intégration dans le délai fixé à l'article 5, § 2, du décret introduit auprès de l'opérateur une demande de prolongation de ce délai, et ce, au plus tôt six mois et au plus tard un mois avant son échéance.

Le centre de référence peut, à chaque fois, prolonger le délai d'un an :

1° en cas d'incompatibilité des étapes prévues dans le parcours d'intégration avec une formation professionnelle ou formation professionnelle continue ou avec une activité professionnelle;

2° s'il s'agit de migrants ne maîtrisant pas l'alphabet latin au début du parcours d'intégration;

3° pour les raisons médicales suivantes :

a) une absence pour cause de maladie d'une durée totale de minimum un mois;

b) la naissance d'un enfant;

c) un séjour temporaire à l'étranger pour raisons médicales;

4° pour les raisons personnelles suivantes :

a) le migrant est temporairement à l'étranger pour des raisons impérieuses;

b) absence temporaire conformément à l'article 18 de l'arrêté royal du 16 juillet 1992 relatif aux registres de la population et au registre des étrangers;

c) le migrant est considéré comme aidant proche conformément à l'article 3 de la loi du 12 mai 2014 relative à la reconnaissance de l'aidant proche aidant une personne en situation de grande dépendance;

d) l'accueil régulier d'enfants n'est pas assuré pour les jeunes enfants du migrant;

e) l'adoption d'un enfant;

5° en cas d'offres insuffisantes de cours dans le cadre du parcours d'intégration;

6° si le prochain cours de langue ou d'intégration débute au plus tôt trois mois ou plus après l'inscription au parcours d'intégration auprès du centre de référence.

Les raisons médicales mentionnées à l'alinéa 2, 3°, ainsi que la durée de l'absence sont couvertes par un certificat médical.

La prolongation accordée par le centre de référence est indiquée dans la convention relative au parcours d'intégration mentionnée à l'article 8 du décret.

Le centre de référence tient un registre anonyme des demandes de renouvellement acceptées et rejetées.

**Art. 3** - Cours de langue dans l'une des deux autres langues nationales

S'il ressort du bilan social établi par le centre de référence conformément à l'article 14, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, a), du décret que l'apprentissage de l'une des deux autres langues nationales offre au migrant plus de possibilités d'intégration sociale et/ou professionnelle, il est inscrit dans un cours de langue dispensé, le cas échéant, dans une autre entité territoriale dans le cadre du parcours d'intégration de cette entité ou dans un cours de langue agréé conformément au chapitre 3.

CHAPITRE 3. — *Agrément et subventionnement des cours de langue***Art. 4** - Conditions d'agrément

Pour être agréés, les cours de langue remplissent au moins les conditions suivantes :

1° les cours de langue sont organisés par les opérateurs mentionnés à l'article 1<sup>er</sup>, 3°;

2° les cours de langue sont élémentaires et/ou intensifs :

a) le cours de langue élémentaire satisfait au moins aux critères suivants :

- il compte, dès le début, au moins cinq participants et au plus douze;
- deux heures au moins sont dispensées par semaine;
- il est organisé de manière à être proche de la vie courante et est orienté sur la pratique;

b) le cours de langue intensif satisfait au moins aux critères suivants :

- il compte, dès le début, au moins huit participants et au plus dix-huit;
- douze heures au moins sont dispensées par semaine;

3° les cours de langue servent à l'alphabétisation ou visent le niveau linguistique A1, A1+ ou A2 conformément au cadre européen commun de référence;

4° les cours de langue représentent au moins cent-vingt heures par niveau;

5° les cours de langue sont basés sur les besoins et proposés selon un horaire flexible;

6° les cours sont dispensés par des enseignants à titre principal ou des personnes percevant des honoraires qui ont au moins trois ans d'expérience dans la formation des adultes, le soutien linguistique, la transmission de langues étrangères ou dans le secteur interculturel ou justifient d'une formation utile pour la fonction concernée.

**Art. 5** - Procédure d'agrément

§ 1<sup>er</sup> - Pour obtenir l'agrément d'un ou de plusieurs cours de langue, les opérateurs introduisent une demande auprès du département.

§ 2 - La demande doit être accompagnée au moins des informations et documents suivants :

1° l'identité du demandeur;

2° les statuts de la personne morale;

3° le concept d'organisation et de déroulement des cours de langue, qui reprend au moins les informations suivantes :

a) le niveau de cours proposé;

b) les nombres minimal et maximal de participants par cours de langue;

c) le moment de l'accès à un cours de langue;

d) la qualification du personnel enseignant;

e) la mention du groupe cible;

f) les organisations partenaires éventuelles;

g) les modalités relatives à la coopération avec le centre de référence;

h) les méthodes d'apprentissage ou de transmission des connaissances linguistiques.

Le département fixe le formulaire de demande à utiliser.

La demande doit être envoyée par voie postale ou électronique. Le département accuse réception de la demande dans un délai de trente jours calendrier. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

§ 3 - Le département vérifie si la demande d'agrément introduite est complète et les documents y annexés. Si la demande est complète, le département transmet au demandeur un accusé de réception. À défaut, le département réclame au demandeur les données ou documents manquants.

Dans les soixante jours suivant la réception de la demande complète, le département établit, en se basant sur les éléments en sa connaissance, un avis qu'il transmet au ministre. En cas de demande incomplète ou à défaut d'avis au terme de ce délai, celui-ci est réputé négatif.

Dans les soixante jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, le ministre statue sur l'octroi de l'agrément. À défaut de décision dans le délai imparti, l'agrément est censé être refusé.

§ 4 - L'agrément est octroyé pour une période de quatre ans.

§ 5 - Si une ou plusieurs conditions nécessaires à l'agrément ne sont pas remplies, le département peut, dans son avis mentionné au § 3, alinéa 2, proposer un agrément provisoire conditionné.

Dans les soixante jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou au terme du délai mentionné au § 3, alinéa 2, le ministre statue sur l'octroi de l'agrément provisoire et en fixe les obligations ainsi que la durée.

Au plus tard soixante jours avant l'expiration de l'agrément provisoire, le département établit un avis relatif au respect des obligations et le transmet au ministre.

Dans les trente jours suivant la réception de l'avis rendu par le département, le ministre statue sur l'octroi d'un agrément définitif.

Si, à l'expiration de l'agrément provisoire, aucun agrément définitif n'est accordé pour le cours de langue, l'éventuel soutien de la Communauté germanophone prend fin.

§ 6 - Les modifications apportées aux données mentionnées au § 2 sont soumises à une approbation préalable.

À cette fin, l'opérateur introduit une demande individuelle écrite auprès du département. Le département vérifie si une dérogation se justifie au niveau des besoins et de l'intégration et transmet un avis au ministre dans les trente jours suivant la réception de la demande. À défaut d'avis au terme de ce délai, celui-ci est réputé négatif.

Dans les trente jours suivant la réception de l'avis rendu par le département, le ministre statue sur l'approbation de la modification. À défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée être refusée.

L'opérateur ne peut modifier le cours de langue qu'après avoir obtenu l'approbation.

La durée de l'approbation de la modification est en tout cas limitée à douze mois et peut être renouvelée.

Le département consigne toute approbation de la modification, sa justification ainsi que sa durée.

§ 7 - Au plus tard six mois avant l'échéance de l'agrément, l'opérateur introduit une nouvelle demande auprès du département. Cette demande reprend les données et documents mentionnés au § 2 s'ils diffèrent de ceux de la demande initiale.

**Art. 6 - Maintien de la reconnaissance**

Pour conserver l'agrément, les opérateurs remplissent les obligations mentionnées dans le présent arrêté ainsi que les conditions d'agrément mentionnées dans le décret.

**Art. 7 - Suspension de l'agrément**

§ 1<sup>er</sup> - Si l'opérateur ne remplit pas les obligations mentionnées dans le décret ou dans le présent arrêté, le département l'invite à y satisfaire dans un délai de trente jours.

Sur demande motivée, l'opérateur peut - au plus tard dix jours avant l'expiration du délai mentionné au premier alinéa - demander au département une prorogation unique de trente jours au maximum.

§ 2 - Si, après l'invitation mentionnée au § 1<sup>er</sup>, l'opérateur continue à ne pas remplir lesdites obligations, le ministre suspend, sur avis du département, l'agrément provisoire ou définitif, selon le cas.

Avant la suspension, le Ministre communique son intention par lettre recommandée à l'opérateur concerné. Celui-ci peut, dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

Dans les trente jours suivant cette audition ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur la suspension et sa durée.

Cette décision est notifiée sans délai à l'opérateur.

Pendant la suspension de l'agrément, l'opérateur ne propose plus de nouveaux cours de langue.

§ 3 - Pendant la suspension de l'agrément, l'opérateur ne reçoit plus de subsides pour ce cours de langue.

Si l'opérateur remplit ses obligations, le ministre met fin à la suspension et peut verser rétroactivement les subsides qui n'ont pas été liquidés entretemps.

**Art. 8 - Retrait de l'agrément**

§ 1<sup>er</sup> - Si, à l'expiration de la suspension mentionnée à l'article 7, l'opérateur continue à ne pas remplir lesdites obligations, le ministre retire, sur avis du département, l'agrément provisoire ou définitif, selon le cas.

Avant le retrait, le ministre communique son intention par lettre recommandée à l'opérateur concerné. Celui-ci peut, dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

Dans les trente jours suivant cette audition ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur le retrait.

Cette décision est notifiée sans délai à l'opérateur.

§ 2 - Le retrait de l'agrément met fin à l'éventuel soutien de la Communauté germanophone.

§ 3 - À partir du moment où cesse le soutien de l'opérateur conformément à l'article 14 du décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes ou le soutien de l'institut de formation scolaire continuée, l'agrément octroyé dans le cadre du présent arrêté est retiré d'office.

**Art. 9 - Cessation du cours de langue**

§ 1<sup>er</sup> - L'opérateur communique par écrit au département toute cessation volontaire, provisoire ou définitive d'un cours de langue qui n'est pas due à un retrait d'agrément au sens de l'article 8. Sont exclus les jours fériés et périodes de congés.

L'intention de l'opérateur est communiquée par écrit au ministre au moins trois mois avant la cessation temporaire prévue et six mois avant la cessation définitive prévue.

La cessation définitive entraîne le retrait d'office de l'agrément et la cessation d'un subventionnement éventuel par la Communauté germanophone.

§ 2 - Si l'opérateur change de pouvoir organisateur, l'agrément du cours de langue reste valable pendant une période de six mois suivant le transfert, à condition que le nouveau pouvoir organisateur demande un agrément conformément aux dispositions du présent chapitre.

Si le département n'a reçu aucune demande dans le délai mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, cela correspond à une cessation définitive des activités.

**Art. 10 - Subventionnement**

Dans la limite des crédits budgétaires disponibles et aux conditions fixées dans le présent article, le Gouvernement octroie aux cours de langue agréés des subsides pour frais de personnel et de fonctionnement.

Si un cours de langue peut être subsidié par d'autres autorités, ces subsides doivent être demandés. Ces subsides sont déduits de l'ensemble des coûts avant de calculer le subside octroyé en application du présent arrêté.

Le subventionnement et la description des missions sont fixés dans le cadre d'un contrat conclu entre le Gouvernement et l'opérateur d'un cours de langue agréé.

**Art. 11 - Test**

Le test mené par le centre de référence pour déterminer le niveau de langue en vue de l'inscription au cours correspondant satisfait au moins aux critères suivants :

1° il se base sur le cadre européen commun de références pour les langues;

2° il évalue les compétences linguistiques suivantes :

a) la compréhension et l'expression écrites;

b) la compréhension à l'audition et l'expression orale.

Le migrant reçoit une copie des résultats qu'il a obtenus au test de classement.

CHAPITRE 4. — *Agrément et subventionnement du cours d'intégration***Art. 12** - Conditions d'agrément

Pour être agréé, le cours d'intégration remplit au moins les conditions suivantes :

- 1° le cours d'intégration est organisé par les opérateurs mentionnés à l'article 1<sup>er</sup>, 3°;
- 2° le cours d'intégration compte, dès le début, au moins huit participants et au plus dix-huit;
- 3° le cours d'intégration compte soixante heures au moins, qui sont dispensées sur douze mois au plus;
- 4° le cours d'intégration est organisé de manière à être proche de la vie courante et est orienté sur la pratique;
- 5° le cours d'intégration comprend la préparation d'un plan d'action personnel, obligatoire pour les participants au cours;
- 6° le cours d'intégration informe des obligations et droits fondamentaux fixés dans la constitution belge;
- 7° le cours d'intégration informe de la structure de l'État belge ainsi que des institutions européennes;
- 8° le cours d'intégration informe des soins de santé, de la situation en matière de logement, de la formation, du travail et de la sécurité sociale;
- 9° le cours d'intégration informe de la vie quotidienne ainsi que du vivre ensemble interculturel en Communauté germanophone;
- 10° le cours d'intégration est basé sur les besoins et proposé selon un horaire flexible;
- 11° l'accès à un cours d'intégration est possible au moins deux fois par an;
- 12° les cours d'intégration sont dispensés par des enseignants à titre principal ou des personnes percevant des honoraires qui ont au moins trois ans d'expérience dans la formation des adultes ou dans le secteur interculturel ou justifient d'une formation utile pour la fonction concernée.

**Art. 13** - Procédure d'agrément

§ 1<sup>er</sup> - Pour obtenir l'agrément d'un cours d'intégration, les opérateurs introduisent une demande auprès du département.

§ 2 - La demande doit être accompagnée au moins des informations et documents suivants :

- 1° l'identité du demandeur;
- 2° les statuts de la personne morale;
- 3° le concept d'organisation et de déroulement du cours d'intégration, qui reprend au moins les informations suivantes :
  - a) le nombre de participants par cours d'intégration;
  - b) les lieu et heures où est dispensé le cours d'intégration;
  - c) le moment de l'accès à un cours d'intégration;
  - d) la qualification du personnel enseignant;
  - e) la mention du groupe cible;
  - f) les organisations partenaires éventuelles;
  - g) les modalités relatives à la coopération avec le centre de référence.

Le département fixe le formulaire de demande à utiliser.

La demande doit être envoyée par voie postale ou électronique. Le département accuse réception de la demande dans un délai de trente jours calendrier. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

§ 3 - Le département vérifie si la demande d'agrément introduite est complète et les documents y annexés. Si la demande est complète, le département transmet au demandeur un accusé de réception. À défaut, le département réclame au demandeur les données ou documents manquants.

Dans les soixante jours suivant la réception de la demande complète, le département établit, en se basant sur les éléments en sa connaissance, un avis qu'il transmet au ministre. En cas de demande incomplète ou à défaut d'avis au terme de ce délai, celui-ci est réputé négatif.

Dans les soixante jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, le ministre statue sur l'octroi de l'agrément. À défaut de décision dans le délai imparti, l'agrément est censé être refusé.

§ 4 - L'agrément est octroyé pour une période de quatre ans.

§ 5 - Si une ou plusieurs conditions nécessaires à l'agrément ne sont pas remplies, le département peut, dans son avis mentionné au § 3, alinéa 2, proposer un agrément provisoire conditionné.

Dans les soixante jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou au terme du délai mentionné au § 3, alinéa 2, le ministre statue sur l'octroi de l'agrément provisoire et en fixe les obligations ainsi que la durée.

Au plus tard soixante jours avant l'expiration de l'agrément provisoire, le département établit un avis relatif au respect des obligations et le transmet au ministre.

Dans les trente jours suivant la réception de l'avis rendu par le département, le ministre statue sur l'octroi d'une agrégation définitive.

Si, à l'expiration de l'agrément provisoire, aucun agrément définitif n'est accordé pour le cours d'intégration, l'éventuel soutien de la Communauté germanophone prend fin.

§ 6 - Les modifications apportées aux données mentionnées au § 2 sont soumises à une approbation préalable.

À cette fin, l'opérateur introduit une demande individuelle écrite auprès du département. Le département vérifie si une dérogation se justifie au niveau des besoins et de l'intégration et transmet un avis au ministre dans les trente jours suivant la réception de la demande. À défaut d'avis au terme de ce délai, celui-ci est réputé négatif.

Dans les trente jours suivant la réception de l'avis rendu par le département, le ministre statue sur l'approbation de la modification. À défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée être refusée.

Le cours d'intégration ne peut être modifié par l'opérateur qu'après avoir obtenu l'approbation.

La durée de l'approbation de la modification est en tout cas limitée à douze mois et peut être renouvelée.

Le département consigne toute approbation de la modification, sa justification ainsi que sa durée.

§ 7 - Au plus tard six mois avant l'échéance de l'agrément, l'opérateur introduit une nouvelle demande auprès du département. Cette demande reprend les données et documents mentionnés au § 2 s'ils diffèrent de ceux de la demande initiale.

**Art. 14 - Maintien de l'agrément**

Pour conserver l'agrément, les opérateurs remplissent les obligations mentionnées dans le présent arrêté ainsi que les conditions d'agrément mentionnées dans le décret.

**Art. 15 - Suspension de l'agrément**

§ 1<sup>er</sup> - Si l'opérateur ne remplit pas les obligations mentionnées dans le décret ou dans le présent arrêté, le département l'invite à y satisfaire dans un délai de trente jours.

Sur demande motivée, l'opérateur peut - au plus tard dix jours avant l'expiration du délai mentionné au premier alinéa - demander au département une prorogation unique de trente jours au maximum.

§ 2 - Si, après l'invitation mentionnée au § 1<sup>er</sup>, l'opérateur continue à ne pas remplir lesdites obligations, le ministre suspend, sur avis du département, l'agrément provisoire ou définitif, selon le cas.

Avant la suspension, le Ministre communique son intention à l'opérateur concerné par lettre recommandée. Celui-ci peut, dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

Dans les trente jours suivant cette audition ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur la suspension et sa durée.

Cette décision est notifiée sans délai à l'opérateur.

Pendant la suspension de l'agrément, l'opérateur ne propose plus de nouveaux cours d'intégration.

§ 3 - Pendant la suspension de l'agrément, l'opérateur ne reçoit plus de subsides pour ce cours d'intégration.

Si l'opérateur remplit ses obligations, le ministre met fin à la suspension et peut verser rétroactivement les subsides qui n'ont pas été liquidés entretemps.

**Art. 16 - Retrait de l'agrément**

§ 1<sup>er</sup> - Si, à l'expiration de la suspension mentionnée à l'article 15, l'opérateur continue à ne pas remplir lesdites obligations, le ministre, sur avis du département, retire l'agrément provisoire ou définitif, selon le cas.

Avant le retrait, le ministre communique son intention par lettre recommandée à l'opérateur concerné. Celui-ci peut, dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

Dans les trente jours suivant cette audition ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur le retrait.

Cette décision est notifiée sans délai à l'opérateur.

§ 2 - Le retrait de l'agrément met fin à l'éventuel soutien de la Communauté germanophone.

§ 3 - À partir du moment où cesse le soutien de l'opérateur conformément à l'article 14 du décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes ou le soutien de l'institut de formation scolaire continuée, l'agrément octroyé dans le cadre du présent arrêté est retiré d'office.

**Art. 17 - Cessation du cours d'intégration**

§ 1<sup>er</sup> - L'opérateur communique par écrit au département toute cessation volontaire, provisoire ou définitive de son cours d'intégration qui n'est pas due à un retrait d'agrément au sens de l'article 16. Sont exclus les jours fériés et périodes de congés.

L'intention de l'opérateur est communiquée par écrit au ministre au moins trois mois avant la cessation temporaire prévue et six mois avant la cessation définitive prévue.

La cessation définitive du cours d'intégration entraîne le retrait d'office de l'agrément et la cessation d'un subventionnement éventuel par la Communauté germanophone.

§ 2 - Si l'opérateur change de pouvoir organisateur, l'agrément du cours d'intégration reste valable pendant une période de six mois suivant le transfert, à condition que le nouveau pouvoir organisateur demande un agrément conformément aux dispositions du présent chapitre.

Si le département n'a reçu aucune demande dans le délai mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, cela correspond à une cessation définitive des activités.

**Art. 18 - Subventionnement**

Dans la limite des crédits budgétaires disponibles et aux conditions fixées dans le présent article, le Gouvernement octroie aux cours d'intégration agréés des subsides pour frais de personnel et de fonctionnement.

Si un cours d'intégration peut être subsidié par d'autres autorités, ces subsides doivent être demandés. Ces subsides sont déduits de l'ensemble des coûts avant de calculer le subside octroyé en application du présent arrêté.

Le subventionnement et la description des missions sont fixés dans le cadre d'un contrat conclu entre le Gouvernement et l'opérateur d'un cours d'intégration agréé.

**Art. 19 - Langue du cours d'intégration**

§ 1<sup>er</sup> - Le cours d'intégration peut être donné dans une autre langue si au moins les conditions suivantes sont remplies :

- 1° le cours d'intégration compte au moins huit participants maîtrisant la même langue au même niveau;
- 2° le cours d'intégration est dispensé dans un lieu facilement accessible et selon un horaire flexible;
- 3° l'opérateur agréé dispose d'un enseignant ou d'une personne percevant des honoraires qui maîtrise cette langue.

§ 2 - Si le migrant a déjà suivi un cours de langue correspondant au niveau A2 du cadre européen commun de référence dans une autre langue nationale ou s'il dispose du niveau A2 du cadre européen commun de référence dans une autre langue nationale, il peut - le cas échéant - suivre le cours d'intégration dans une autre entité fédérée dans le cadre du parcours d'intégration y proposé.

CHAPITRE 5. — *Agrément d'un centre de référence pour l'intégration et la migration***Art. 20** - Procédure d'agrément

§ 1<sup>er</sup> - Pour obtenir l'agrément, les établissements introduisent une demande auprès du département.

§ 2 - La demande doit être accompagnée au moins des informations et documents suivants :

1° l'identité du demandeur;

2° les statuts de la personne morale;

3° les prestations proposées dans le domaine de l'intégration;

4° la qualification du personnel;

5° les modalités de collaboration avec les opérateurs et les communes.

Le département fixe le formulaire de demande à utiliser.

La demande doit être envoyée par voie postale ou électronique. Le département accuse réception de la demande dans un délai de trente jours calendrier. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

§ 3 - Le département vérifie si la demande d'agrément introduite est complète et les documents y annexés. Si la demande est complète, le département transmet au demandeur un accusé de réception. Si la demande n'est pas complète, le département réclame au demandeur les données ou documents manquants.

Dans les soixante jours suivant la réception de la demande complète, le département établit, en se basant sur les éléments en sa connaissance, un avis qu'il transmet au ministre. En cas de demande incomplète ou à défaut d'avis au terme de ce délai, celui-ci est réputé négatif.

Dans les soixante jours suivant la réception de l'avis rendu par le département ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, le ministre statue sur l'octroi de l'agrément. À défaut de décision dans le délai imparti, l'agrément est censé être refusé.

§ 4 - Conformément à l'article 13, § 2, alinéa 2, du décret, l'agrément est octroyé pour une période de six ans.

§ 5 - Pendant son agrément, le centre de référence communique par écrit au département, dans les trente jours, toute modification des données mentionnées au § 2.

Pendant l'agrément, le département peut demander en tout temps au centre de référence une version actuelle des données mentionnées au § 2.

Les modifications apportées aux données mentionnées au § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup> et 4<sup>o</sup>, sont soumises à une approbation préalable.

À cette fin, le centre de référence introduit une demande individuelle écrite auprès du département. Le département vérifie si une dérogation se justifie et transmet un avis au ministre dans les trente jours suivant la réception de la demande. À défaut d'avis au terme de ce délai, celui-ci est réputé négatif.

Dans les trente jours suivant la réception de l'avis rendu par le département, le ministre statue sur l'approbation de la modification. À défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée être refusée.

Le centre de référence ne peut procéder à la modification qu'après avoir reçu l'approbation.

La durée de l'approbation de la modification est en tout cas limitée à douze mois et peut être renouvelée.

Le département consigne toute approbation de la modification, sa justification ainsi que sa durée.

§ 6 - Au plus tard six mois avant l'échéance de l'agrément, le centre de référence introduit une nouvelle demande auprès du département. Cette demande reprend les données et documents mentionnés au § 2 s'ils diffèrent de ceux de la demande initiale.

**Art. 21** - Maintien de l'agrément

Pour conserver l'agrément, le centre de référence remplit les obligations mentionnées dans le présent arrêté ainsi que les conditions d'agrément mentionnées dans le décret.

**Art. 22** - Suspension de l'agrément

§ 1<sup>er</sup> - Si le centre de référence ne remplit pas les obligations mentionnées dans le décret ou dans le présent arrêté, le département l'invite à y satisfaire dans un délai de trente jours.

Sur demande motivée, le centre de référence peut - au plus tard dix jours avant l'expiration du délai mentionné au premier alinéa - demander au département une prorogation unique de trente jours au maximum.

§ 2 - Si, après l'invitation mentionnée au § 1<sup>er</sup>, le centre de référence continue à ne pas remplir lesdites obligations, le ministre suspend, sur avis du département, l'agrément provisoire ou définitif, selon le cas.

Avant la suspension, le ministre communique son intention par lettre recommandée au centre de référence. Celui-ci peut, dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

Dans les trente jours suivant cette audition ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur la suspension et sa durée.

Cette décision est notifiée sans délai au centre de référence.

Pendant la suspension de l'agrément, le centre de référence n'accepte plus aucune nouvelle demande formulée par les migrants ou les personnes morales et physiques qui travaillent avec des migrants en région de langue allemande.

§ 3 - Pendant la suspension de l'agrément, le centre de référence ne reçoit plus de subsides.

Si le centre de référence remplit ses obligations, le ministre met fin à la suspension et peut verser rétroactivement les subsides qui n'ont pas été liquidés entretemps.

**Art. 23** - Retrait de l'agrément

§ 1<sup>er</sup> - Si, à l'expiration de la suspension mentionnée à l'article 23, le centre de référence continue à ne pas remplir lesdites obligations, le ministre retire, sur avis du département, l'agrément provisoire ou définitif, selon le cas.

Avant le retrait, le ministre communique son intention par lettre recommandée au centre de référence. Celui-ci peut, dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, introduire une demande d'audition auprès du ministre. Cette audition intervient dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

Dans les trente jours suivant cette audition ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le ministre statue sur le retrait.

Cette décision est notifiée sans délai au centre de référence.

§ 2 - Le retrait de l'agrément met fin à l'éventuel soutien de la Communauté germanophone.

**Art. 24** - Cessation de l'agrément

§ 1<sup>er</sup> - Le centre de référence communique par écrit au département toute cessation volontaire, provisoire ou définitive de ses activités qui n'est pas due à un retrait d'agrément au sens de l'article 23. Sont exclus les jours fériés et périodes de congés.

L'intention du centre de référence est communiquée par écrit au ministre au moins trois mois avant la cessation temporaire prévue et six mois avant la cessation définitive prévue.

La cessation définitive des activités du centre de référence entraîne le retrait d'office de l'agrément et la cessation d'un subventionnement éventuel par la Communauté germanophone.

§ 2 - Si le centre de référence change de pouvoir organisateur, l'agrément reste valable pendant une période de six mois suivant le transfert, à condition que le nouveau pouvoir organisateur demande un agrément conformément aux dispositions du présent chapitre.

Si le département n'a reçu aucune demande dans le délai mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>, cela correspond à une cessation définitive des activités.

**Art. 25** - Qualification du personnel

§ 1<sup>er</sup> - Pour le domaine « guidance et conseils sociaux », le centre de référence dispose au moins d'un équivalent temps plein, réparti ou non entre plusieurs professionnels. Ceux-ci sont porteurs d'un diplôme de bachelors ou d'un diplôme y assimilé.

Le ministre peut admettre des personnes titulaires d'autres qualifications pour autant qu'elles disposent d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation spécifique pour la fonction concernée ou s'il est prouvé qu'il y a un manque de personnel disposant des qualifications requises. Le Ministre statue sur avis du département dans les soixante jours suivant la réception de la demande écrite complète. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

§ 2 - Pour le domaine « administration », le centre de référence dispose au moins d'un demi équivalent temps plein, réparti ou non entre plusieurs professionnels. Ceux-ci sont porteurs d'un diplôme de l'enseignement secondaire supérieur général.

Le ministre peut admettre des personnes titulaires d'autres qualifications pour autant qu'elles disposent d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation spécifique pour la fonction concernée ou s'il est prouvé qu'il y a un manque de personnel disposant des qualifications requises. Le Ministre statue sur avis du département dans les soixante jours suivant la réception de la demande écrite complète. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

§ 3 - Les dispositions des §§ 1<sup>er</sup> et 2 ne s'appliquent pas au personnel qui, avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, était déjà occupé auprès d'un établissement agréé comme centre de référence.

#### CHAPITRE 6. — *Promotion de mesures d'intégration*

**Art. 26** - Délégués communaux à l'intégration

Les délégués communaux à l'intégration ont notamment pour missions de :

- 1° soutenir les acteurs bénévoles du secteur de l'intégration et les mettre en réseau;
- 2° coordonner différents projets d'intégration au niveau local;
- 3° déterminer les besoins liés à la thématique de l'intégration au niveau local;
- 4° concevoir des concepts locaux d'intégration;
- 5° participer à des organes actifs dans le domaine de l'intégration.

#### CHAPITRE 7. — *Protection des données*

**Art. 27** - Traitement des données à caractère personnel

§ 1<sup>er</sup> - En vue de l'exercice de leurs missions légales ou décrétales :

1° le centre de référence peut, dans le cadre de l'article 14, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° à 6°, du décret, traiter les données suivantes :

- a) nom, prénom, sexe, date et lieu de naissance, nationalité, domicile, numéro de téléphone et adresse électronique;
- b) certificat d'études, formation, diplômes;
- c) état civil, composition du ménage et situation familiale;
- d) statut en matière de séjour, situation au niveau du logement, moyens de transport disponibles, environnement social, déroulement du parcours d'intégration et participation à celui-ci, ressources financières;
- e) centres d'intérêt, loisirs, vie associative;
- f) expériences et compétences professionnelles et sociales, ainsi que connaissances linguistiques;
- g) origine ethnique ou raciale, opinions politiques, convictions religieuses et philosophiques;
- h) sanctions administratives conformément à l'article 34 du décret;

2° les établissements chargés de l'orientation socioprofessionnelle peuvent traiter les données suivantes :

- a) nom, prénom, sexe, date et lieu de naissance, nationalité, domicile, numéro de téléphone et adresse électronique;
- b) certificat d'études, formation, diplômes;
- c) état civil, composition du ménage et situation familiale;
- d) statut en matière de séjour, situation au niveau du logement, moyens de transport disponibles, environnement social, déroulement du parcours d'intégration et participation à celui-ci, ressources financières;
- e) centres d'intérêt, loisirs, vie associative;
- f) expériences et compétences professionnelles et sociales, ainsi que connaissances linguistiques;

3° les inspecteurs et experts externes désignés en vertu de l'article 32 du décret peuvent, en ce qui concerne les migrants, traiter les données suivantes : nom, prénom, sexe, date et lieu de naissance, nationalité, domicile, arrivée en Belgique et inscription dans la commune, numéro de téléphone, adresse électronique, sanctions administratives, déroulement du parcours d'intégration et participation à celui-ci.

§ 2 - Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires prévoyant éventuellement un délai de conservation plus long, les données mentionnées au § 1<sup>er</sup> sont traitées et conservées pendant dix ans à dater de la collecte.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

§ 3 - La personne responsable du traitement des données mentionnées dans le présent arrêté et dans l'article 29 du décret veille au respect du prescrit de l'article 32 du règlement général sur la protection des données.

§ 4 - L'accès aux données prévu à l'article 29 du décret en application de l'article 26 du même décret se limite aux informations utiles à l'exercice des missions et aux exigences des services mentionnés à l'article 3, 10°, dudit décret. Les données ne sont échangées et traitées qu'en relation avec la participation au parcours d'intégration.

#### CHAPITRE 8. — Dispositions relatives au contrôle

##### Art. 28 - Interruption du parcours d'intégration

Les motifs admissibles pour une interruption du parcours d'intégration sont les suivants :

- 1° le migrant reçoit l'ordre de quitter le territoire;
- 2° le migrant n'a plus son domicile ou sa résidence habituelle en région de langue allemande;
- 3° le migrant souffre d'une maladie ou d'un handicap attesté par certificat médical et qui, durablement, ne permet plus de participer au parcours d'intégration;
- 4° le migrant relève, pendant son parcours d'intégration, de l'une des catégories mentionnées à l'article 6, § 2, alinéa 2, du décret.

#### CHAPITRE 9. — Dispositions finales

##### Art. 29 - Disposition modificative

À l'annexe de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone, modifiée en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 28 octobre 2016, le 2° est complété par un tiret rédigé comme suit :

« - conseil consultatif pour l'intégration et le vivre ensemble dans la diversité ».

##### Art. 30 - Équivalence d'autres cours d'intégration

Le cours d'intégration suivi auprès de la Croix-Rouge de Belgique ou d'un opérateur avant l'entrée en vigueur du présent arrêté est assimilé au cours d'intégration mentionné dans le présent arrêté.

##### Art. 31 - Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1<sup>er</sup> décembre 2018.

##### Art. 32 - Exécution

Le Ministre des Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 4 octobre 2018.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

O. PAASCH

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,

A. ANTONIADIS

VERTALING

#### MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2018/205578]

##### 4 OKTOBER 2018. — Besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit, de artikelen 5, § 2, 9, § 1, 2 en 4, 10, § 2 en 4, 13, 14, vierde lid, 17, 25, 29, 30, 34, § 1, en 37, § 4;

Gelet op het advies van de adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit, gegeven op 15 juni 2018;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 25 april 2018;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 9 juli 2018;

Gelet op advies 64.017/1/V van de Raad van State, gegeven op 4 september 2018, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Gelet op het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 4 juli 2018;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit :

#### HOOFDSTUK 1. — Algemene bepalingen

##### Artikel 1 - Definities

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

- 1° decreet: het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit;



2° referentiecentrum: het referentiecentrum voor integratie en migratie overeenkomstig artikel 3, 7°, van het decreet;

3° aanbieder: de instituten voor voortgezette schoolopleiding en de instellingen voor volwassenenonderwijs overeenkomstig het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs;

4° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG;

5° departement: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor Integratie;

6° Minister: de minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden.

#### HOOFDSTUK 2. — *Integratietraject*

##### **Art. 2 - Verlenging van de looptijd**

De migrant die het integratietraject niet binnen de termijn bepaald in artikel 5, § 2, van het decreet kan doorlopen, dient ten vroegste zes maanden en ten laatste één maand vóór het verstrijken van die termijn een aanvraag tot verlenging van de termijn in bij het referentiecentrum.

Het referentiecentrum kan de termijn telkens met hoogstens één jaar verlengen :

1° bij onverenigbaarheid van de etappen van het integratietraject met een beroepsopleiding of een beroepsactiviteit;

2° voor migranten die bij het begin van het integratietraject het Latijnse alfabet niet beheersen;

3° om de volgende gezondheidsredenen :

a) bij een afwezigheid wegens ziekte van in totaal minstens één maand;

b) bij de geboorte van een kind;

c) bij een tijdelijk verblijf in het buitenland om medische redenen;

4° om de volgende persoonlijke redenen :

a) de migrant is om dwingende redenen tijdelijk in het buitenland;

b) bij een tijdelijke afwezigheid overeenkomstig artikel 18 van het koninklijk besluit van 16 juli 1992 betreffende de bevolkingsregisters en het vreemdelingenregister;

c) de migrant wordt beschouwd als mantelzorger overeenkomstig artikel 3 van de wet van 12 mei 2014 betreffende de erkenning van de mantelzorger die een persoon met een grote zorgbehoefte bijstaat;

d) de regelmatige kinderopvang voor de baby's en peuters van de migrant is niet gewaarborgd;

e) bij de adoptie van een kind;

5° bij een ontoereikend aanbod aan cursussen in het kader van het integratietraject;

6° als de eerstvolgende beschikbare taal- of integratiecursus ten vroegste drie of meer maanden nadat betrokkene zich bij het referentiecentrum voor het integratietraject heeft ingeschreven, van start gaat.

De gezondheidsredenen vermeld in het tweede lid, 3°, en de afwezigheidsduur worden gestaafd met een medisch attest.

De door het referentiecentrum toegekende verlenging wordt opgenomen in de overeenkomst over het integratietraject vermeld in artikel 8 van het decreet.

Het referentiecentrum houdt een geanonimiseerd register van de aangenomen en afgewezen verlengingsaanvragen bij.

##### **Art. 3 - Taalcursus in één van de beide andere landstalen**

Indien in het kader van de sociale balans die het referentiecentrum overeenkomstig artikel 14, eerste lid, 1°, a), van het decreet heeft opgemaakt, wordt vastgesteld dat de migrant door het leren van één van de beide andere landstalen meer mogelijkheden tot maatschappelijke integratie en/of inschakeling in het arbeidsproces heeft, wordt hij ingeschreven in een taalcursus die in voorkomend geval in een andere deelentiteit in het kader van het daar geldende integratietraject wordt gegeven of in een taalcursus erkend overeenkomstig hoofdstuk 3.

#### HOOFDSTUK 3. — *Erkenning en subsidiëring van de taalcursussen*

##### **Art. 4 - Erkenningsvoorwaarden**

Om erkend te worden, moeten de taalcursussen op zijn minst voldoen aan de volgende voorwaarden :

1° de taalcursussen worden georganiseerd door de aanbieders vermeld in artikel 1, 3°;

2° de taalcursussen zijn laagdrempeling en/of intensief :

a) de laagdrempelige taalcursus voldoet op zijn minst aan de volgende criteria :

- hij telt bij het begin van de cursus minstens 5 en hoogstens 12 deelnemers;

- hij omvat minstens 2 uur per week;

- hij is rechtstreeks relevant voor het leven en praktijkgericht;

b) de intensieve taalcursus voldoet op zijn minst aan de volgende criteria :

- hij telt bij het begin van de cursus minstens 8 en hoogstens 18 deelnemers;

- hij omvat minstens 12 uur per week;

3° met de taalcursussen wordt alfabetisering of het bijbrengen van het taalniveau A1, A1+ of A2 overeenkomstig het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen beoogd;

4° de taalcursussen omvatten op zijn minst 120 uur per taalniveau;

5° de taalcursussen zijn afgestemd op de behoeften en worden op flexibele tijdstippen aangeboden;

6° de taalcursussen worden gegeven door cursusleiders in hoofdberoep of op honorariumbasis werkzame krachten die minstens drie jaar ervaring in volwassenonderwijs, taalonderwijs, vreemdetalenonderwijs of in de interculturele sector hebben of die een voor die functie nuttige opleiding kunnen aantonen.

**Art. 5 - Erkenningsprocedure**

§ 1 - Aanbieders die voor één of meer taalcursussen een erkenning willen krijgen, dienen daartoe een aanvraag in bij het departement.

§ 2 - Bij de aanvraag worden minstens de volgende stukken en gegevens gevoegd :

1° de identiteit van de aanvrager;

2° de statuten van de rechtspersoon;

3° het concept voor de organisatie en het verloop van de taalcursussen dat minstens de volgende inlichtingen bevat :

a) de aangeboden cursusniveaus;

b) het minimumaantal en het maximaal aantal deelnemers per taalcursus;

c) het tijdstip waarop een taalcursus kan worden aangevat;

d) de kwalificatie van het onderwijzend personeel;

e) de doelgroepgegevens;

f) de mogelijke partnerorganisaties;

g) de nadere regels voor de samenwerking met het referentiecentrum;

h) de leermethoden of taalmethoden.

Het departement legt het aanvraagformulier vast.

De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. Het departement bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig kalenderdagen. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

§ 3 - Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag om erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement de aanvrager een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de ontbrekende gegevens of - naargelang van het geval - de ontbrekende stukken aan bij de aanvrager.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Als na afloop van die termijn geen advies is gegeven of als de aanvraag onvolledig is, wordt het advies als negatief beschouwd.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het tweede lid beslist de Minister of de erkenning wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

§ 4 - De erkenning wordt verleend voor een termijn van vier jaar.

§ 5 - Indien niet voldaan is aan één of meer voorwaarden die voor een erkenning noodzakelijk zijn, kan het departement in zijn advies vermeld in § 3, tweede lid, een voorwaardelijke voorlopige erkenning voorstellen.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in § 3, tweede lid, beslist de Minister of een voorlopige erkenning wordt toegekend en bepaalt hij de voorwaarden en de duur van de voorlopige erkenning.

Het departement verstrekt uiterlijk zestig dagen voor het verstrijken van de voorlopige erkenning een advies over de vraag of aan de voorwaarden is voldaan en bezorgt dat advies aan de Minister.

Binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, beslist de Minister of een definitieve erkenning wordt toegekend.

Indien de taalcursus, na het verstrijken van de voorlopige erkenning ervan, niet definitief erkend wordt, wordt de eventuele ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 6 - Wijzigingen van de gegevens vermeld in § 2 moeten vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dient de aanbieder een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in. Het departement onderzoekt of een afwijking met betrekking tot de behoefte en de integratie gerechtvaardigd is en bezorgt de Minister een advies binnen dertig dagen na ontvangst van de aanvraag. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, beslist de Minister of de wijziging wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

De aanbieder kan de taalcursus alleen wijzigen, als hij de goedkeuring voor die wijziging heeft gekregen.

De duur waarvoor de wijziging wordt goedgekeurd, is in elk geval beperkt tot hoogstens twaalf maanden en kan verlengd worden.

Het departement legt elke goedkeuring van een wijziging, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

§ 7 - Uiterlijk zes maanden voor het verstrijken van de erkenning dient de aanbieder een nieuwe aanvraag bij het departement in. Die aanvraag bevat de stukken en gegevens vermeld in § 2, voor zover die verschillen van de stukken en gegevens in de oorspronkelijke aanvraag.

**Art. 6 - Behoud van de erkenning**

Voor het behoud van de erkenning komen de aanbieders de verplichtingen vermeld in dit besluit na, alsook de in het decreet vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen.

**Art. 7 - Schorsing van de erkenning**

§ 1 - Indien de aanbieder de verplichtingen vervat in het decreet of in dit besluit niet nakomt, maant het departement hem aan om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan de aanbieder, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, het departement vragen om de termijn eenmaal met hoogstens dertig dagen te verlengen.

§ 2 - Indien de aanbieder na de aanmaning vermeld in § 1 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, wordt de in voorkomend geval voorlopige of definitieve erkenning, op basis van een advies van het departement, door de Minister geschorst.

Voor de schorsing deelt de Minister de betrokken aanbieder zijn voornemen aangetekend mee. Deze kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt geschorst en voor hoelang.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de aanbieder.

Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning biedt de aanbieder geen nieuwe taal cursus meer aan.

§ 3 - Tijdens de schorsing van de erkenning worden geen subsidies meer uitbetaald aan de aanbieder voor die taal cursus.

Indien de aanbieder de verplichtingen nakomt, maakt de Minister een einde aan de schorsing en kan hij de tussentijds niet uitbetaalde subsidies terugwerkend uitbetalen.

#### **Art. 8 - Intrekking van de erkenning**

§ 1 - Indien de aanbieder na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 7 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de Minister de in voorkomend geval voorlopige of definitieve erkenning in op basis van een advies van het departement.

Voor de intrekking deelt de Minister de betrokken aanbieder zijn voornemen aangetekend mee. Deze kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt ingetrokken.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de aanbieder.

§ 2 - Met de intrekking van de erkenning wordt de eventuele ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 3 - Vanaf het tijdstip waarop de ondersteuning van de aanbieder overeenkomstig artikel 14 van het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs of de ondersteuning als instituut voor voortgezette schoolopleiding stopgezet werd, wordt de erkenning in het kader van dit besluit van rechtswege ingetrokken.

#### **Art. 9 - Beëindiging van de taal cursus**

§ 1 - De aanbieder deelt elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van een taal cursus die niet aan een intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 8 te wijten is, schriftelijk mee aan het departement. Een uitzondering daarop vormen vakantieperioden en feestdagen.

De aanbieder deelt zijn voornemen minstens drie maanden voor de geplande tijdelijke stopzetting en zes maanden voor de geplande definitieve stopzetting schriftelijk mee aan de Minister.

De definitieve stopzetting heeft tot gevolg dat de erkenning van rechtswege wordt ingetrokken en dat de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap wordt beëindigd.

§ 2 - Indien een aanbieder aan een andere organiserende instantie wordt overgedragen, blijft de erkenning van de taal cursus gedurende zes maanden na de overdracht geldig, op voorwaarde dat de nieuwe organiserende instantie een erkenning aanvraagt overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk.

Indien het departement binnen de termijn gesteld in het eerste lid geen aanvraag heeft ontvangen, komt dit neer op een definitieve stopzetting van de activiteit.

#### **Art. 10 - Subsidiëring**

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de voorwaarden bepaald in dit artikel kent de Regering subsidie voor personeels- en werkingskosten toe voor de erkende taal cursussen.

Indien de taal cursus door andere overheidsinstanties gesubsidieerd kan worden, moet die subsidie aangevraagd worden. Die subsidies worden afgetrokken van de totale kosten, voordat de met toepassing van dit besluit toegekende subsidie berekend wordt.

De subsidiëring en de taakbeschrijving worden vastgelegd in het kader van een overeenkomst tussen een aanbieder van een erkende taal cursus en de Regering.

#### **Art. 11 - Niveautest**

De door het referentiecentrum uitgevoerde taalniveautest om betrokkene vervolgens voor de passende taal cursus in te schrijven, voldoet minstens aan de volgende criteria :

1° hij is gebaseerd op het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen;

2° hij evalueert de volgende taalcompetenties :

a) leesvaardigheid en schrijfvaardigheid;

b) luistervaardigheid en spreekvaardigheid.

De migrant krijgt een kopie van zijn uitslag van de niveautest.

### **HOOFDSTUK 4. — Erkenning en subsidiëring van de integratie cursus**

#### **Art. 12 - Erkenningsvoorwaarden**

Om erkend te worden, moet de integratie cursus op zijn minst voldoen aan de volgende voorwaarden :

1° de integratie cursus wordt georganiseerd door de aanbieders vermeld in artikel 1, 3°;

2° de integratie cursus telt bij het begin van de cursus minstens 8 en hoogstens 18 deelnemers;

3° de integratie cursus omvat minstens 60 uur die binnen hoogstens twaalf maanden moeten worden gegeven;

4° de integratie cursus is rechtstreeks relevant voor het leven en praktijkgericht;

5° de integratie cursus omvat de voor de deelnemers verplichte opmaak van een persoonlijk actieplan;

6° de integratie cursus informeert over de fundamentele rechten en plichten die in de Belgische Grondwet zijn vastgelegd;

7° de integratie cursus informeert over de Belgische staatsstructuur en over de Europese instellingen;

8° de integratiecursus informeert over gezondheidszorg, huisvesting, onderwijs, werk en sociale zekerheid;

9° de integratiecursus informeert over het dagelijks leven en het interculturele samenleven in de Duitstalige Gemeenschap;

10° de integratiecursus is afgestemd op de behoeften en wordt op flexibele tijdstippen aangeboden;

11° minstens twee keer per jaar kan een integratiecursus worden aangevangen;

12° de integratiecursus wordt gegeven door cursusleiders in hoofdberoep of op honorariumbasis werkzame krachten die minstens drie jaar ervaring in volwassenonderwijs of in de interculturele sector hebben of die een voor die functie nuttige opleiding kunnen aantonen.

#### **Art. 13 - Erkenningsprocedure**

§ 1 - Aanbieders die een erkenning willen krijgen voor een integratiecursus, dienen daartoe een aanvraag in bij het departement.

§ 2 - Bij de aanvraag worden minstens de volgende stukken en gegevens gevoegd :

1° de identiteit van de aanvrager;

2° de statuten van de rechtspersoon;

3° het concept voor de organisatie en het verloop van de integratiecursus dat minstens de volgende inlichtingen bevat :

a) het aantal deelnemers per integratiecursus;

b) waar en wanneer de integratiecursus plaatsvindt;

c) het tijdstip waarop een integratiecursus kan worden aangevat;

d) de kwalificatie van het onderwijzend personeel;

e) de doelgroepgegevens;

f) de mogelijke partnerorganisaties;

g) de nadere regels voor de samenwerking met het referentiecentrum.

Het departement legt het aanvraagformulier vast.

De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. Het departement bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig kalenderdagen. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

§ 3 - Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag om erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement de aanvrager een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de ontbrekende gegevens of - naargelang van het geval - de ontbrekende stukken aan bij de aanvrager.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Als na afloop van die termijn geen advies is gegeven of als de aanvraag onvolledig is, wordt het advies als negatief beschouwd.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het tweede lid beslist de Minister of de erkenning wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

§ 4 - De erkenning wordt verleend voor een termijn van vier jaar.

§ 5 - Indien niet voldaan is aan één of meer voorwaarden die voor een erkenning noodzakelijk zijn, kan het departement in zijn advies vermeld in § 3, tweede lid, een voorwaardelijke voorlopige erkenning voorstellen.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in § 3, tweede lid, beslist de Minister of een voorlopige erkenning wordt toegekend en bepaalt hij de voorwaarden en de duur van de voorlopige erkenning.

Het departement verstrekt uiterlijk zestig dagen voor het verstrijken van de voorlopige erkenning een advies over de vraag of aan de voorwaarden is voldaan en bezorgt dat advies aan de Minister.

Binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, beslist de Minister of een definitieve erkenning wordt toegekend.

Indien de integratiecursus, na het verstrijken van de voorlopige erkenning ervan, niet definitief erkend wordt, wordt de eventuele ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 6 - Wijzigingen van de gegevens vermeld in § 2 moeten vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dient de aanbieder een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in. Het departement onderzoekt of een afwijking met betrekking tot de behoefte en de integratie gerechtvaardigd is en bezorgt de Minister een advies binnen dertig dagen na ontvangst van de aanvraag. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, beslist de Minister of de wijziging wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

De aanbieder kan de integratiecursus alleen wijzigen, als hij de goedkeuring voor die wijziging heeft gekregen.

De duur waarvoor de wijziging wordt goedgekeurd, is in elk geval beperkt tot hoogstens twaalf maanden en kan verlengd worden.

Het departement legt elke goedkeuring van een wijziging, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

§ 7 - Uiterlijk zes maanden voor het verstrijken van de erkenning dient de aanbieder een nieuwe aanvraag bij het departement in. Die aanvraag bevat de stukken en gegevens vermeld in § 2, voor zover die verschillen van de stukken en gegevens in de oorspronkelijke aanvraag.

**Art. 14 - Behoud van de erkenning**

Voor het behoud van de erkenning komen de aanbieders de verplichtingen vermeld in dit besluit na, alsook de in het decreet vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen.

**Art. 15 - Schorsing van de erkenning**

§ 1 - Indien de aanbieder de verplichtingen vervat in het decreet of in dit besluit niet nakomt, maant het departement hem aan om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan de aanbieder, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, het departement vragen om de termijn eenmaal met hoogstens dertig dagen te verlengen.

§ 2 - Indien de aanbieder na de aanmaning vermeld in § 1 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, wordt de in voorkomend geval voorlopige of definitieve erkenning, op basis van een advies van het departement, door de Minister geschorst.

Voor de schorsing deelt de Minister de betrokken aanbieder zijn voornemen aangetekend mee. Deze kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt geschorst en voor hoelang.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de aanbieder.

Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning biedt de aanbieder geen nieuwe integratiecursus meer aan.

§ 3 - Tijdens de schorsing van de erkenning worden geen subsidies meer uitbetaald aan de aanbieder voor die integratiecursus.

Indien de aanbieder de verplichtingen nakomt, maakt de Minister een einde aan de schorsing en kan hij de tussentijds niet uitbetaalde subsidies terugwerkend uitbetalen.

**Art. 16 - Intrekking van de erkenning**

§ 1 - Indien de aanbieder na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 15 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de Minister de in voorkomend geval voorlopige of definitieve erkenning in op basis van een advies van het departement.

Voor de intrekking deelt de Minister de betrokken aanbieder zijn voornemen aangetekend mee. Deze kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt ingetrokken.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de aanbieder.

§ 2 - Met de intrekking van de erkenning wordt de eventuele ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 3 - Vanaf het tijdstip waarop de ondersteuning van de aanbieder overeenkomstig artikel 14 van het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs of de ondersteuning als instituut voor voortgezette schoolopleiding stopgezet werd, wordt de erkenning in het kader van dit besluit van rechtswege ingetrokken.

**Art. 17 - Beëindiging van de integratiecursus**

§ 1 - De aanbieder deelt elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van zijn integratiecursus die niet aan een intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 16 te wijten is, schriftelijk mee aan het departement. Een uitzondering daarop vormen vakantieperiodes en feestdagen.

De aanbieder deelt zijn voornemen minstens drie maanden voor de geplande tijdelijke stopzetting en zes maanden voor de geplande definitieve stopzetting schriftelijk mee aan de Minister.

De definitieve stopzetting van de integratiecursus heeft tot gevolg dat de erkenning van rechtswege wordt ingetrokken en dat de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap wordt beëindigd.

§ 2 - Indien een aanbieder aan een andere organiserende instantie wordt overgedragen, blijft de erkenning van de integratiecursus gedurende zes maanden na de overdracht geldig, op voorwaarde dat de nieuwe organiserende instantie een erkenning aanvraagt overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk.

Indien het departement binnen de termijn gesteld in het eerste lid geen aanvraag heeft ontvangen, komt dit neer op een definitieve stopzetting van de activiteit.

**Art. 18 - Subsidiëring**

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de voorwaarden bepaald in dit artikel kent de Regering subsidie voor personeels- en werkingskosten toe voor de erkende integratiecursussen.

Indien de integratiecursus door andere overheidsinstanties gesubsidieerd kan worden, moet die subsidie aangevraagd worden. Die subsidies worden afgetrokken van de totale kosten, voordat de met toepassing van dit besluit toegekende subsidie berekend wordt.

De subsidiëring en de taakbeschrijving worden vastgelegd in het kader van een overeenkomst tussen een aanbieder van een erkende integratiecursus en de Regering.

**Art. 19 - Taal van de integratiecursus**

§ 1 - De integratiecursus kan in een andere taal gegeven worden als ten minste aan de volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° de integratiecursus telt minstens acht deelnemers die dezelfde taal op hetzelfde niveau beheersen;

2° de integratiecursus vindt plaats op een makkelijk bereikbare plaats en op flexibele tijdstippen voor de deelnemers;

3° de erkende aanbieder beschikt over een cursusleider of een op honorariumbasis werkzame kracht die deze taal beheerst.

§ 2 - Indien de migrant al een taal cursus van niveau A2 van het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen in een andere landstaal heeft voltooid of niveau A2 van het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen in een andere landstaal heeft, kan hij de integratie cursus in voorkomend geval in een andere deeltiteit volgen in het kader van het daar geldende integratietraject.

HOOFDSTUK 5. — *Erkenning van een referentiecentrum voor integratie en migratie*

**Art. 20** - Erkenningsprocedure

§ 1 - Instellingen die een erkenning willen krijgen, dienen daartoe een aanvraag in bij het departement.

§ 2 - Bij de aanvraag worden minstens de volgende stukken en gegevens gevoegd :

1° de identiteit van de aanvrager;

2° de statuten van de rechtspersoon;

3° de aangeboden dienstverrichtingen op het gebied van integratie;

4° de kwalificatie van het personeel;

5° de nadere regels voor de samenwerking met de aanbieders en met de gemeenten.

Het departement legt het aanvraagformulier vast.

De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. Het departement bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig kalenderdagen. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

§ 3 - Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag om erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement de aanvrager een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de ontbrekende gegevens of - naargelang van het geval - de ontbrekende stukken aan bij de aanvrager.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Als na afloop van die termijn geen advies is gegeven of als de aanvraag onvolledig is, wordt het advies als negatief beschouwd.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het tweede lid beslist de Minister of de erkenning wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

§ 4 - Overeenkomstig artikel 13, § 2, tweede lid, van het decreet wordt de erkenning toegekend voor een periode van zes jaar.

§ 5 - Tijdens de duur van de erkenning deelt het referentiecentrum elke wijziging van de gegevens vermeld in § 2 binnen dertig dagen schriftelijk mee aan het departement.

Tijdens de duur van de erkenning kan het departement het referentiecentrum te allen tijde om een actuele stand van de gegevens vermeld in § 2 verzoeken.

Wijzigingen van de gegevens vermeld in § 2, eerste lid, 3° en 4°, moeten vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dient het referentiecentrum een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in. Het departement onderzoekt of een afwijking gerechtvaardigd is en bezorgt de Minister een advies binnen dertig dagen na ontvangst van de aanvraag. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

De Minister beslist binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, of de wijziging wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

Het referentiecentrum kan de wijziging pas na ontvangst van een toezegging uitvoeren.

De duur waarvoor de wijziging wordt goedgekeurd, is in elk geval beperkt tot hoogstens twaalf maanden en kan verlengd worden.

Het departement legt elke goedkeuring van een wijziging, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

§ 6 - Uiterlijk zes maanden voor het verstrijken van de erkenning dient het referentiecentrum een nieuwe aanvraag bij het departement in. Die aanvraag bevat de stukken en gegevens vermeld in § 2, voor zover die verschillen van de stukken en gegevens in de oorspronkelijke aanvraag.

**Art. 21** - Behoud van de erkenning

Voor het behoud van de erkenning komt het referentiecentrum de verplichtingen vermeld in dit besluit na, alsook de in het decreet vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen.

**Art. 22** - Schorsing van de erkenning

§ 1 - Indien het referentiecentrum de verplichtingen vervat in het decreet of in dit besluit niet nakomt, maant het departement het referentiecentrum aan om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan het referentiecentrum, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, het departement vragen om de termijn eenmaal met hoogstens dertig dagen te verlengen.

§ 2 - Indien het referentiecentrum na de aanmaning vermeld in § 1 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, wordt de in voorkomend geval voorlopige of definitieve erkenning, op basis van een advies van het departement, door de Minister geschorst.

Vóór de schorsing deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan het referentiecentrum. Het referentiecentrum kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt geschorst en voor hoelang.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van het referentiecentrum.

Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning neemt het referentiecentrum geen nieuwe aanvragen meer aan van de migranten of van de natuurlijke personen en rechtspersonen die in het Duitse taalgebied met migranten werken.

§ 3 - Tijdens de schorsing van de erkenning worden geen subsidies meer uitbetaald aan het referentiecentrum.

Indien het referentiecentrum de verplichtingen nakomt, maakt de Minister een einde aan de schorsing en kan hij de tussentijds niet uitbetaalde subsidies terugwerkend uitbetalen.

**Art. 23** - Intrekking van de erkenning

§ 1 - Indien het referentiecentrum na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 22 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de Minister de in voorkomend geval voorlopige of definitieve erkenning in op basis van een advies van het departement.

Vóór de intrekking deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan het referentiecentrum. Het referentiecentrum kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of -naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt ingetrokken.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van het referentiecentrum.

§ 2 - Met de intrekking van de erkenning wordt de eventuele ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

**Art. 24** - Beëindiging van de erkenning

§ 1 - Het referentiecentrum deelt elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van zijn activiteit die niet aan een intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 23 te wijten is, schriftelijk mee aan het departement. Een uitzondering daarop vormen vakantieperioden en feestdagen.

Het referentiecentrum deelt zijn voornemen minstens drie maanden voor de geplande tijdelijke stopzetting en zes maanden voor de geplande definitieve stopzetting schriftelijk mee aan de Minister.

De definitieve stopzetting van de activiteit van het referentiecentrum heeft tot gevolg dat de erkenning van rechtswege wordt ingetrokken en dat de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap wordt beëindigd.

§ 2 - Indien het referentiecentrum aan een andere organiserende instantie wordt overgedragen, blijft de erkenning gedurende zes maanden na de overdracht geldig, op voorwaarde dat de nieuwe organiserende instantie een erkenning aanvraagt overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk.

Indien het departement binnen de termijn gesteld in het eerste lid geen aanvraag heeft ontvangen, komt dit neer op een definitieve stopzetting van de activiteit.

**Art. 25** - Kwalificatie van het personeel

§ 1 - Voor 'sociale begeleiding en sociaal advies' beschikt het referentiecentrum over minstens één voltijds equivalent, verdeeld over één of meer geschoolde krachten. Deze hebben een bachelor in een sociale richting of een daarmee gelijkgesteld diploma.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen of als er een bewezen gebrek aan personeel is voor de vereiste kwalificatie. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

§ 2 - Voor 'administratie' beschikt het referentiecentrum over minstens één halftijds equivalent, verdeeld over één of meer geschoolde krachten. Deze hebben een diploma van het hoger algemeen secundair onderwijs.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen of als er een bewezen gebrek aan personeel is voor de vereiste kwalificatie. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

§ 3 - De bepalingen vermeld in de §§ 1 en 2 gelden niet voor het personeel dat al vóór de inwerkingtreding van dit besluit in de instelling werkte die als referentiecentrum werd erkend.

HOOFDSTUK 6. — *Ondersteuning van integratiemaatregelen***Art. 26** - Gemeentelijke integratieambtenaren

De gemeentelijke integratieambtenaren hebben in het bijzonder de volgende taken :

- 1° vrijwilligers die op het gebied van integratie actief zijn, ondersteunen en in een netwerk laten werken;
- 2° de coördinatie van verschillende integratieprojecten op lokaal niveau;
- 3° de behoeften rond het thema 'integratie' op lokaal niveau bepalen;
- 4° lokale integratieconcepten uitwerken;
- 5° deelnemen aan gremia die actief zijn op gebied van integratie.

HOOFDSTUK 7. — *Bescherming van persoonsgegevens***Art. 27** - Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 - Voor de uitvoering van zijn wettelijke of decretale opdrachten :

1° kan het referentiecentrum in het kader van artikel 14, eerste lid, 1° tot 6°, van het decreet volgende gegevens verwerken:

- a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres;
- b) eindexamen, opleiding, diploma's;
- c) burgerlijke staat, gezinssamenstelling, gezinssituatie;
- d) verblijfsstatus, woonsituatie, beschikbare vervoermiddelen, sociale omgeving, verloop en deelneming aan het integratietraject, financiële middelen;
- e) interesses, hobby's, verenigingsleven;
- f) beroepsmatige en sociale ervaringen en competenties, talenkennis;
- g) raciale of etnische afkomst, politieke opvattingen, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen;
- h) administratieve straffen overeenkomstig artikel 34 van het decreet;

2° kunnen de instellingen die belast zijn met de socio-professionele oriëntering, de volgende gegevens verwerken:

- a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres;
- b) eindexamen, opleiding, diploma's;
- c) burgerlijke staat, gezinssamenstelling, gezinssituatie;
- d) verblijfsstatus, woonsituatie, beschikbare vervoermiddelen, sociale omgeving, verloop en deelneming aan het integratietraject, financiële middelen;
- e) interesses, hobby's, verenigingsleven;
- f) beroepsmatige en sociale ervaringen en competenties, talenkennis;

3° kunnen de inspecteurs en externe deskundigen die op grond van artikel 32 van het decreet zijn aangewezen, de volgende gegevens over de migranten verwerken: naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, datum van aankomst in België en aanmelding bij de gemeente, telefoonnummer, e-mailadres, administratieve straffen en verloop en deelneming aan het integratietraject.

§ 2 - Met behoud van de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaringstermijn voorzien, worden de gegevens vermeld in § 1 gedurende tien jaar, te rekenen vanaf de datum waarop ze zijn verzameld, verwerkt en bewaard.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

§ 3 - De verantwoordelijke voor de verwerking van de gegevens vermeld in dit besluit en vermeld in artikel 29 van het decreet waarborgt de inachtneming van de voorschriften vervat in artikel 32 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

§ 4 - De toegang tot de gegevens bepaald in artikel 29 van het decreet ter uitvoering van artikel 26 van hetzelfde decreet is beperkt tot de informatie die nodig is voor de uitvoering van de taken en voor de vereisten van de diensten vermeld in artikel 3, 10°, van hetzelfde decreet. De gegevens worden alleen uitgewisseld en verwerkt met betrekking tot de deelneming aan het integratietraject.

#### HOOFDSTUK 8. — *Controlebepalingen*

##### **Art. 28** - Afbreken van het integratietraject

Het integratietraject mag worden afgebroken om één van de volgende redenen :

- 1° de migrant krijgt het bevel om het grondgebied te verlaten;
- 2° de migrant heeft zijn woonplaats of gewone verblijfplaats niet meer in het Duitse taalgebied;
- 3° de migrant heeft een chronische ziekte of beperking die met een medisch attest gestaafd wordt en die hem niet langer in staat stelt aan het integratietraject deel te nemen;
- 4° de migrant valt tijdens zijn integratietraject onder één van de categorieën vermeld in artikel 6, § 2, tweede lid, van het decreet.

#### HOOFDSTUK 9. — *Slotbepalingen*

##### **Art. 29** - Wijzigingsbepaling

In de bijlage van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2016, wordt de bepaling onder 2 aangevuld met een streepje, luidende :

"- Adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit"

##### **Art. 30** - Gelijktelling van andere integratiecursussen

De integratiecursus die vóór inwerkingtreding van dit besluit bij het Belgische Rode Kruis of bij een aanbieder werd voltooid, wordt gelijkgesteld met de integratiecursus vermeld in dit besluit.

##### **Art. 31** - Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 december 2018.

##### **Art. 32** - Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 4 oktober 2018.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

A. ANTONIADIS